

## **Resolution zum Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**

### **CDU-Amtsverbandes Dänischer Wohld**

*- Übergeben an Verkehrsminister Jost de Jager am 02. März 2010 -*

Der CDU-Amtsverband Dänischer Wohld begrüßt grundsätzlich den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Durch ihn wird der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein gestärkt.

Auf die **Menschen** im Amtsverband kommen durch den geplanten Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals allerdings **erhebliche Belastungen** zu. **Unerlässliche Voraussetzung** für eine Akzeptanz des Ausbaus durch die Menschen vor Ort ist deren Überzeugung, dass alles getan wird, um diese **Belastung zu minimieren**.

Diese Überzeugung lässt sich nicht allein durch die sorgfältige Abarbeitung juristisch vorgeschriebener Schritte im Planfeststellungsverfahren und deren Bekanntgabe auf Informationsveranstaltungen erreichen. Denn die Betroffenheit der Menschen ist unterschiedlich. Die bisherige Erfahrung mit den für die Planung zuständigen Stellen hat – ohne, dass deren offensichtliches Bemühen gering geschätzt wird - gezeigt, dass die **Kommunikation mit den betroffenen Menschen vor Ort weiter verbessert** werden muss. Nur so werden sich langwierige rechtliche Auseinandersetzungen vermeiden lassen.

Ein rechtzeitigeres Gespräch mit besorgten Bürgern vor Ort an und in deren Haus hätte bereits bisher viel Unmut vermeiden können.

Unabhängig von den derzeit anstehenden Beweissicherungsverfahren, mit denen durch die Bauarbeiten entstandene Schäden nachträglich beseitigt werden sollen, sind aus Sicht des CDU-Amtsverbandes **wichtige Vorarbeiten zu leisten, die bislang nicht im Planfeststellungsverfahren berücksichtigt sind**.

**Die Bauarbeiten betreffen und beeinflussen den fließenden Verkehr im Amtsbereich.** Bislang verfügen wesentliche Abschnitte der Kreisstraßen, über die ein Großteil des Baustellenzulieferverkehrs geführt werden soll, noch nicht über Rad- und Fußwege. Gerade im Sommer werden diese Kreisstraßen sowohl von den Anwohnern und deren Kindern als auch von Touristen genutzt. Bislang verfügbare Alternativstrecken am Kanal entfallen, da dort gebaut werden wird.

Aus Sicht des Amtsverbandes ist es schlicht nicht vorstellbar, dass auf den schmalen Kreisstraßen zusätzlich zum täglichen PKW-, Fahrrad- und Fußgängerverkehr auch noch der erhebliche Bauverkehr abgewickelt werden soll. **Die Verkehrssicherheit wäre aus Sicht des CDU-Amtsverbandes nicht mehr gewährleistet.**

**Deswegen fordern wir den Bau eines Rad- und Fußweges entlang der Kreisstraße 92** zwischen Landwehr und Schinkel, sowie dessen Fortführung über Großkönigsförde nach Revensdorf (baureife Planungen liegen für große Teile dieses Radweges bereits vor).

Wir bitten die Landesregierung bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die genannten Baumaßnahmen vor Beginn des NOK-Ausbaus abgeschlossen werden. Dazu gilt es ferner, alle **landespolitischen Hindernisse**, die dem Bau entgegenstehen, zu **beseitigen**.

Nach Ansicht des CDU-Amtsverbandes ist die **Fertigstellung** dieser Baumassnahmen **unerlässliche Voraussetzung**, um den zusätzlichen Baustellenverkehr auf den betroffenen Straßen verkehrssicher abwickeln zu können. **Ansonsten wäre der Baustellenverkehr auf diesen Straßen nicht zu verantworten.**

In der Gemeinde Lindau, Ortsteil Großkönigsförde hat sich bei der Durchsicht der Unterlagen ergeben, dass der gesellschaftliche Ortsmittelpunkt, die Gastwirtschaft „Lindenkrug“, einen Großteil ihres Parkplatzes durch die Kanalverbreiterung verlieren wird, ohne dass neue Stellplätze geplant sind. Um den Fortbestand der Gaststätte zu gewährleisten ist es unbedingt notwendig, eine Planung für einen alternativen Parkplatz in Gastwirtschaftsnähe vorzulegen.

Unabhängig von der Frage der Verkehrssicherheit und der Vermeidung von Unfällen weisen wir darauf hin, dass die Fertigstellung dieser Baumaßnahmen vor Beginn des Baustellenverkehrs auch eine „**vertrauensbildende Maßnahme**“ für die Bevölkerung darstellen würde.